

## Vortrag an den Ministerrat

### **EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 20. Februar 2024 in Brüssel**

Am 20. Februar 2024 fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Auf der Tagesordnung standen die Vorbereitung des Europäischen Rates am 21./22. März 2024 und die Rechtstaatlichkeit in Polen. Zudem ging Frankreich auf den Schutz europäischer Wahlprozesse, Slowenien auf den EU-Erweiterungsprozess Montenegros und Dänemark auf Fischereiverbote des Vereinigten Königreichs ein.

### **Vorbereitung des Europäischen Rates am 21./22. März 2024**

Auf Basis des Entwurfs der erläuterten Tagesordnung fand ein Austausch zur Vorbereitung des Europäischen Rates am 21./22. März 2024 statt.

Ich sprach mich dabei für die Aufnahme von zwei zusätzlichen Themen auf die Tagesordnung des Europäischen Rates im März aus: die Frage der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina sowie Migration.

Bosnien und Herzegowina habe seit der Entscheidung des Europäischen Rates vom 14./15. Dezember 2023 mit einer klaren Perspektive für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen bedeutende Fortschritte erzielt, die nun anerkannt werden müssten. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, dass die Europäische Kommission ihren – vom Europäischen Rat im Dezember 2023 geforderten – Fortschrittsbericht zu den Reformfortschritten Bosnien und Herzegowinas zeitgerecht vor dem Europäischen Rat im März vorlegt.

Zum Thema Migration forderte ich einerseits einen Umsetzungsplan der Europäischen Kommission, um die zusätzlichen Mittel für Migration und Grenzmanagement, auf die sich die EU-Staats- und Regierungschefs beim außerordentlichen Europäischen Rat am 1. Februar 2024 einigten, nun möglichst rasch einzusetzen, andererseits die Entwicklung von

Pilot-Migrationspartnerschaften und die Schaffung des notwendigen rechtlichen Rahmens zur Stärkung des Konzepts sicherer Drittstaaten.

Darüber hinaus betonte ich einmal mehr die Notwendigkeit fortgesetzter EU-Solidarität und Unterstützung für die Ukraine. Europa müsse außerdem mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen. Das zeigten aktuelle geopolitische Entwicklungen, neben der Lage in der Ukraine etwa auch die Situation im Nahen Osten. Was die EU-Prioritäten für die nächsten Jahre betrifft, sprach ich mich für einen Fokus auf die großen Themen aus, bei denen sich die Bürgerinnen und Bürger der EU zurecht Fortschritte erwarten, wie Sicherheit, Migration sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Erhalt des Wirtschaftsstandorts Europas. Wichtig sei dabei der Abbau administrativer Hürden für Unternehmen und im Bereich der Landwirtschaft.

### **Rechtstaatlichkeit in Polen: Artikel 7 Absatz 1 EUV**

Polen informierte über die seit der Angelobung der Regierung unter Premierminister Donald Tusk auf den Weg gebrachten sowie in Aussicht genommenen Maßnahmen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit. Polen bekräftigte dabei die Entschlossenheit, alles für die Wiederherstellung eines unabhängigen Justizsystems in Polen zu tun und alle Themen anzugehen, die im Rahmen des gegen Polen laufenden Verfahrens nach Artikel 7 Absatz 1 EUV aufgebracht wurden. Ich begrüßte die Entschlossenheit Polens, die im Verfahren aufgeworfenen Bedenken anzugehen.

### **Sonstiges: europäische Wahlprozesse, Montenegro, Fischereiverbote**

Unter „Sonstiges“ betonte Frankreich die Notwendigkeit des Schutzes der europäischen Demokratien und Wahlen sowie der Bekämpfung ausländischer Einflussnahme, z.B. durch Russland. Slowenien verwies auf Montenegros Fortschritte im EU-Erweiterungsprozess. Dänemark sprach Fischereiverbote durch das Vereinigte Königreich an. Die Europäische Kommission verwies dazu auf die laufende rechtliche Prüfung der Vereinbarkeit mit dem Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

8. März 2024

Mag. Karoline Edtstadler  
Bundesministerin